

Die regionalen Beziehungen Bayerns

Paul Fischer

Der Freistaat Bayern hat in den vergangenen Jahrzehnten im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ein dichtes Geflecht von internationalen und regionalen Beziehungen unterschiedlichster Art aufgebaut. Sie reichen von politischen Gesprächen auf höchster Ebene über die Mitgliedschaft in multilateralen grenzüberschreitenden Organisationen, bilaterale institutionalisierte Partnerschaften und Kommissionen, vielfältige Kontakte auf Arbeitsebene bis hin zu konkreten Projekten der bi- und multilateralen Zusammenarbeit. Der Bayerischen Staatskanzlei kommt dabei nach der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung (StRGVV) eine besondere Rolle zu. In § 1 der StRGVV wird festgelegt: „Die Staatskanzlei unterstützt den Ministerpräsidenten und die Staatsregierung in ihren verfassungsmäßigen Aufgaben (Art. 52 der Verfassung). Dazu gehört die Bearbeitung folgender Angelegenheiten: (...) 9. die Pflege der Beziehungen zu Bund und Ländern und der sonstigen Beziehungen nach außen, insbesondere der Verkehr mit Staatsoberhäuptern und Regierungen und mit Regierungsmitgliedern auswärtiger Staaten einschließlich ihrer Einladung nach Bayern, die Einrichtung von Kommissionen und Gesprächsgruppen mit auswärtigen Staaten auf Regierungsebene und deren Geschäftsführung, die Angelegenheiten des Verkehrs mit den diplomatischen oder konsularischen Vertretungen (...)“. Die rechtlichen Grundlagen dafür sind im Wesentlichen im Grundgesetz Art. 32 (3) und in der Bayerischen Verfassung Art. 47 (3), 52, 53, 72 (2), 181 verankert. Als ein Land, das sich seit jeher als weltoffen versteht, hat Bayern von seinem Recht, eigene Außenbeziehungen zu gestalten, stets Gebrauch gemacht und dabei seinen Handlungsspielraum so weit wie möglich ausgeschöpft.

1. Internationale und interregionale Beziehungen in Europa

Ein besonderer Schwerpunkt ist die Zusammenarbeit mit mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten. Gemeinsame Regierungskommissionen beste-

hen mit Tschechien, der Slowakei, Polen, der Ukraine, der Stadt Moskau, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Serbien, Makedonien, Rumänien und Bulgarien. Diese Beziehungen wurden seit 1970 (Bayern-Serbien) kontinuierlich aufgebaut. Ferner bestehen fest vereinbarte Gesprächsgruppen mit den österreichischen Nachbarländern Tirol, Salzburg, Vorarlberg und Oberösterreich sowie den italienischen Regionen bzw. Provinzen Friaul-Julisch Venetien, Trient und Südtirol. In Westeuropa unterhält Bayern partnerschaftliche Beziehungen zu den französischen Regionen Limousin und Provence-Alpes-Côte d'Azur sowie zu Schottland. Im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit in Europa ist Bayern aktives Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp, seit 1972) und der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK, seit 1972).

Zur Förderung der Außenwirtschaft und zur Investitionswerbung hat Bayern unter Federführung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie ein weltweites Netz von Auslandsrepräsentanzen geschaffen. Sie sind vor allem Partner der Wirtschaft in den Zielländern und wesentliche Instrumente des Standortmarketings. Auf europäischer Ebene arbeiten bayerische Repräsentanten in Sofia (Bulgarien), Zagreb (Kroatien), Wien (Österreich), Warschau (Polen), Bukarest (Rumänien), Moskau (Russland), Prag (Tschechien), Istanbul (Türkei), Kiew (Ukraine), Budapest (Ungarn), Zürich (Schweiz).

2. Interregionale Beziehungen außerhalb Europas

Als ein weiterer Schwerpunkt der bayerischen Außenbeziehungen hat sich mit zunehmender Globalisierung und den damit verbundenen neuen Herausforderungen und Aufgaben die Zusammenarbeit mit starken außereuropäischen Partnerregionen herausgebildet. Es sind dies vor allem Shandong und Guangdong (VR China), Québec (Kanada), Westkap und Gauteng (Südafrika), São Paulo (Brasilien), Georgia (USA), Karnataka (Indien). Mit Québec, Karnataka, Westkap und Gauteng bestehen ständige Arbeitsgruppen. Mit anderen Regionen finden anlassbezogene Treffen statt.

Außereuropäische Auslandsrepräsentanzen Bayerns bestehen in São Paulo (Brasilien), Qingdao (China), Bangalore (Indien), Tel Aviv (Israel), Tokio (Japan), Montréal (Kanada), Mexiko-City (Mexiko), Johannesburg (Südafrika), New York (USA), San Francisco (USA), Abu Dhabi (Vereinigte Arabische Emirate), Ho-Chi-Minh-City (Vietnam), Santiago de Chile (Chile).

3. Die Regierungschefkonferenz der Partnerregionen – starke Partner auf vier Kontinenten

Bayern ist heute in ein interkontinentales Netzwerk von Partnerregionen eingebunden, die weltweit zu den besonders dynamischen und innovativen Wirtschaftsräumen gehören („*Power Regions*“). Die „Regierungschefkonferenz der Partnerregionen“ wurde 2002 auf Initiative Bayerns in München gegründet. Ihr gehören heute mit Bayern, Québec, São Paulo, Oberösterreich, Shandong, Westkap und Georgia bedeutende Investitionsstandorte an. Ziel ist es, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den Regionen im Sinne einer nachhaltigen „Politik für Generationen“ kontinuierlich auszubauen und zu vertiefen. Leitbild ist die enge Zusammenarbeit starker Partner auf vier Kontinenten. Das reicht auf der Ebene der Projekte und Programme vom Austausch von Studenten und Wissenschaftlern bis hin zur Nutzung gegenseitiger Export- und Investitionschancen. Die Regierungschefs der Regionen treffen sich im Abstand von zwei Jahren und tauschen die Konzepte über ähnliche Problemstellungen in ihrer Heimat aus. Dazu gehören vor allem Themen, bei denen die Regionen in ihren jeweiligen Nationalstaaten Verantwortung tragen, wie bei den Schulsystemen, bei der Gesundheitsfürsorge, beim Verkehr, bei der Sicherheit oder bei der nachhaltigen Energieversorgung der Bevölkerung. Der indische Bundesstaat Karnataka bewirbt sich um die Mitgliedschaft im Netzwerk der „*Power Regions*“, das im Jahr 2014 in Georgia (USA) zu seinem 7. Treffen zusammenkommt.

Über die Staatskanzlei hinaus sind aufgrund des Ressortprinzips auch die Bayerischen Staatsministerien bei der Zusammenarbeit mit den genannten und weiteren europäischen und außereuropäischen Staaten und Regionen mit vielfältigen eigenen Maßnahmen beteiligt, die in der Referentenrunde „Internationales“ unter Leitung der Staatskanzlei koordiniert werden und zuletzt im Ministerrat am 02.05.2012 einer Gesamtschau unterzogen wurden (vgl. Pressemitteilung am Ende des Beitrages / Anhang 1).

4. Inhaltliche Schwerpunkte und Handlungsfelder der regionalen Beziehungen

Dort wo der Freistaat innerstaatlich Aufgaben hat, nimmt er sie auch engagiert nach außen wahr. Die Themen der internationalen Zusammenarbeit spiegeln die Breite der Interessen und Lebenslagen der Bürgerinnen und

Bürger in Bayern wider. Sie lassen sich in vier Themenfelder zusammenfassen:

a) Politik und Verwaltung

Beim politischen Gedankenaustausch mit den Partnern Bayerns geht es häufig um die weitere Gestaltung der Europäischen Union und um die Unterstützung der Staaten in Mittel-, Ost- und Südeuropa auf ihrem Weg in die EU im Rahmen von „Twinning-Projekten“. Weitere zentrale Themen mit unseren Partnern in und außerhalb Europas sind der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität, die Zusammenarbeit der Verwaltungen, der gegenseitige Austausch von Expertenwissen und die Qualifizierung von Führungskräften. Konkrete Beispiele der Zusammenarbeit: Experten aus der Bayerischen Justiz wirken bei der Gesetzgebungsberatung in Staaten Ost- und Südosteuropas zu den Bereichen verdeckte Ermittlungen, Telekommunikationsüberwachung, Korruptionsbekämpfung und Bekämpfung der Organisierten Kriminalität mit. Bayerische Experten aus der Verwaltung beraten zu Fragen der Kommunalaufsicht und der Ausbildung von Kommunalbeamten, aber auch zu Fragen des energieeffizienten Planens und Bauens und des Denkmalschutzes. In diesem Zusammenhang ist auch die Umsetzung der „Donaustrategie“ für eine stärkere Präsenz Bayerns in Südosteuropa zu nennen, bei der Bayern in den Bereichen Innere Sicherheit und Umwelt maßgebliche Koordinierungsmaßnahmen wahrnimmt. Neu ist Bayerns Einsatz für eine gemeinsame europäische Alpenstrategie zur Stärkung des Kerns Europas.

b) Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie, Landwirtschaft und Umwelt

Die Erschließung neuer Märkte und die Werbung für den Standort Bayern reichen von Technologiepartnerschaften über die Ansiedlung neuer Unternehmen mit hoch qualifizierten Arbeitsplätzen bis zur Förderung des Tourismus und der bayerischen Lebensart. Damit dies gelingt, greifen viele Maßnahmen ineinander: etwa die Unterstützung bei internationalen Ausschreibungen, die Internationalisierung der Hochschulen oder eine weltweite Kooperation bei Zukunftstechnologien. Auch der Ausbau der Verkehrsverbindungen, gemeinsame Strategien zur Entwicklung des ländlichen Raumes und Kooperationen beim Umweltschutz gehören dazu. Konkrete Beispiele der Zusammenarbeit: Mit Staaten Südosteuropas führen bayerische Forstexperten gemeinsame Versuche mit forstlichem Saat- und Pflanzengut durch, um das Wuchsverhalten verschiedener Baumarten unter anderen klimatischen Bedingungen zu erforschen. Ziel dieser Kooperation ist

es, die Risiken und Chancen des Klimawandels für den Wald in Bayern zu erforschen. Mit der kanadischen Provinz Québec, wie Bayern ein bedeutender Standort der Luft- und Raumfahrtindustrie, besteht eine enge Zusammenarbeit im Bereich der Luft- und Raumfahrt. So findet ein reger Austausch zwischen dem bayerischen Cluster für Luft- und Raumfahrt „BavAIRia“ und Luftfahrtverbänden aus Québec im Rahmen von Delegationsreisen und Expertentreffen statt. Die im Jahr 2011 erneuerte Partnerschaft mit der französischen Region Provence-Alpes-Côte d'Azur sieht u.a. eine Kooperation der Cluster „Ernährung“ vor.

c) Bildung, Kultur und Gesellschaft

Bayerische Kultur ist weltbekannt, ihre Pflege und Förderung entscheidend für ein sympathisches Bild Bayerns im Ausland. Dazu gehört auch, internationale Kontakte an bayerischen Schulen zu fördern und Schüler, Lehrlinge und Studenten an internationale Leistungs- und Qualitätsmaßstäbe heranzuführen. Ebenso wichtig ist es, das kulturelle Erbe Bayerns in Europa gemeinsam zu pflegen, die deutsche Sprache im Ausland zu fördern und hoch qualifizierte Wissenschaftler und Studenten nach Bayern zu bringen. Bedeutend ist der Abbau historischer Belastungen insbesondere im Verhältnis zu Tschechien sowie die Förderung deutscher Minderheiten in Ost-, Mittel- und Südosteuropa. Konkrete Beispiele der Zusammenarbeit: Bayern fördert zusammen mit anderen Partnern die deutschsprachige Andrassy-Gyula Universität, die als postgraduale Einrichtung eine mitteleuropäische Elite für Verwaltung, nicht staatliche Organisationen und die Wirtschaft ausbildet. Damit unterstreicht Bayern seinen wissenschafts- und kulturpolitischen Gestaltungswillen und leistet einen Beitrag zur Stärkung der deutschen Sprache als Wissenschaftssprache in Mittel- und Osteuropa. Rund 60 tschechische Jugendliche absolvieren jedes Jahr ein Gastschuljahr an einem bayerischen Gymnasium und werden dabei mit der deutschen Sprache, der Kultur sowie den gesellschaftlichen und traditionellen Gepflogenheiten vertraut. Umgekehrt wächst dadurch auch das Interesse bayerischer Schülerinnen und Schüler an der tschechischen Sprache. Durch das allmähliche Zusammenwachsen eines gemeinsamen Wirtschaftsraums sind Kenntnisse in der jeweiligen Sprache für viele Berufsanfänger eine wichtige Zusatzqualifikation. In der Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China, insbesondere mit den Partnerprovinzen Shandong (seit 1987) und Guangdong (seit 2004) sind vor allem nachhaltige Projekte der beruflichen Aus- und Fortbildung und des Hochschulaustauschs besonders hervorzuheben. Vor dem Hintergrund einer über 500 Jahre zurückreichenden Tradition des bayerisch-indischen Handels schloss Bayern im Jahr 2007 mit dem indischen

Bundesstaat Karnataka eine Partnerschaft ab. Bayern und Karnataka (mit der Hauptstadt Bangalore) sind weltweit anerkannte Regionen für Innovation, Wachstum und Beschäftigung auf wichtigen Zukunftsfeldern. Der „Gemeinsame Aktionsplan“ umfasst u.a. folgende Punkte: Verstärkung der Kooperation zwischen bayerischen und indischen Hochschulen einschließlich Austausch von Studenten und Dozenten, Fortführung der Wasserpartnerschaft, Vergabe von Ministerpräsidentenstipendien an drei Studenten aus Bayern für einen Indienaufenthalt, Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich Infrastruktur sowie Kooperation im Bereich Film und Medien mit dem Film-Fernseh-Fonds Bayern.

Bei besonderen Anlässen und Jubiläen haben sich Bayern und seine regionalen Partner in der Vergangenheit mit gemeinschaftlichen Großveranstaltungen präsentiert und dabei herausgestellt, auf welchem breitem Fundament die jeweilige Partnerschaft aufbauen und intensiviert und weiterentwickelt werden kann. Darüber hinaus bewiesen diese Veranstaltungen: Bayern ist nicht nur Technologie- und Innovationsland, sondern auch Kulturstaat. Beispiele: „Französischer Frühling in Bayern“ (1997), „Bayerische Tage in Shandong“ (1997), „Moskauer Tage in Bayern (1999), „Rendez-vous avec la Bavière – Bayerische Wirtschafts- und Kulturtag in Südfrankreich“ (2000), „Bayerische Tage in Moskau“ (2001), „Bayerische Kulturtag in der Slowakei“ (2002), „Bayerische Woche in Montréal/Québec“ (2003), „Indische Woche in Bayern“ (2005), „Shandong-Woche in Bayern (2007), „Bavaria meets Western Cape Expo“ mit „Bayerischem Haus“ in Kapstadt (anlässlich der FIFA-Fußball WM 2010). Der Festakt der Bayerischen Staatsregierung zum 50-jährigen Jubiläum des Deutsch-französischen Vertrages im Januar 2013 stand ganz im Zeichen der Jugend, des Schüler- und Studentenaustauschs zwischen Bayern und Frankreich. Zur Eröffnung der Ausstellung de Gaulle/ Adenauer auf dem Münchner Odeonsplatz (6. – 16.04.2013) besuchte der frz. Premierminister Jean-Marc Ayrault den Freistaat Bayern.

d) Entwicklungspolitische Zusammenarbeit und Eine Welt-Arbeit

In den Beziehungen mit außereuropäischen Staaten und Regionen geht es nicht zuletzt darum, im Rahmen der Möglichkeiten eines deutschen Landes Entwicklungszusammenarbeit zu leisten und damit Verantwortung für die Eine Welt zu übernehmen. Im Fokus steht dabei besonders Afrika.

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit erfolgt ressortspezifisch und wird im Arbeitskreis Entwicklungszusammenarbeit (AK-EZ), angesiedelt

im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, koordiniert. Sie ist schwerpunktmäßig ausgerichtet auf die Bildung und Fortbildung von Fachkräften aus Entwicklungsländern in ausgewählten Technologiebereichen, die Aufnahme von Studierenden, Universitätspartnerschaften mit Universitäten und fachbezogenen Einsatz von Experten aus Bayern. Seit 2004 gibt es in der Bayerischen Staatskanzlei einen offiziellen Ansprechpartner der Bayerischen Staatsregierung für die bayerischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, seit 17.3.2011 die Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei Emilia Müller. Sie hält engen Kontakt zum Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. und gewährleistet damit die politische Begleitung und Unterstützung der Eine Welt-Arbeit der bayerischen NGOs bei der Hilfe zur Selbsthilfe zum Aufbau nachhaltiger Strukturen in der "Einen Welt". Im Mittelpunkt stehen Nord-Süd-Kooperationen mit ausgewählten Regionen, insbesondere in Südafrika (Gauteng und Westkap), Indien (Karnataka) und Brasilien (São Paulo), aber auch Tunesien zur Unterstützung des demokratischen Transformationsprozesses. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die in den neuen Leitsätzen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaats Bayern genannten Handlungsfelder in der Zusammenarbeit mit den Partnerländern des Freistaats eine besondere Rolle spielen.

Bayern lebt seine Partnerschaften. In den regionalen Beziehungen zu Afrika geht es nicht nur um wirtschaftliche Interessen. Internationale Kooperation verstehen wir umfassend. Wir reden mit unseren Partnern und packen überall an, wo es gemeinsame Ansatzpunkte gibt. Der Freistaat bringt sein Know-how ein – das Wissen um Transformationsprozesse, um wirksame Technologie- und Mittelstandsförderung, um gute Bildung und Ausbildung sowie um effiziente Verwaltung. Im Rahmen dieser Partnerschaften soll auch der zivilgesellschaftliche Austausch weiter intensiviert werden.

Als Beispiel für einen erfolgreichen zivilgesellschaftlichen Dialog im Rahmen einer Nord-Süd-Partnerschaft soll hier auf den Austausch zwischen dem *Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.* und dem *Western Cape Network for Community, Peace and Development (WCN CPD)* hingewiesen werden. Das *Western Cape Network* wurde 2005 gegründet und umfasst inzwischen etwa 40 Mitgliedsgruppen. Mehrere Aktionsformen des Eine Welt Netzwerks Bayern wurden vom Western Cape Network als vorbildlich auch für die eigene Arbeit angesehen und sollen zukünftig selbst genutzt werden. Es wird inzwischen von der Regierung von Westkap als Vertretung der zivilgesellschaftlichen Gruppen anerkannt. Die Kontakte wurden von offizieller

südafrikanischer Seite als Bestandteil der Partnerschaft Bayern – Westkap gewürdigt und haben in die von Ministerpräsident Seehofer und Premierministerin Zille im September 2010 in Kapstadt erneuerte Partnerschaftserklärung (siehe Anlage 2 am Ende des Beitrages) und den gemeinsamen Aktionsplan Eingang gefunden. Beide Seiten sprachen sich im Rahmen der offiziellen Beziehungen für die Unterstützung von Partnerschaften zwischen Kommunen, Schulen, Kirchengemeinden und NGOs in Bayern und Westkap aus. Bayern und Westkap werden bei wichtigen Zukunftsthemen zusammenarbeiten. Beispiel: Erneuerbare Energien, Landwirtschaft, Verkehr, Forschung und Innovation, gute Regierungsführung. Der Deutsche Generalkonsul in Kapstadt, Hans-Werner Bußmann, lobte die Kooperation als „Vorbild für regionale Partnerschaften.“ Inzwischen gibt es eine erste Partnerschaft zwischen einem bayerischen Gymnasium und einer Sekundarschule in Westkap. Der Bayerische Jugendring steht in Kontakt mit Partnern in Kapstadt für individuelle Schüleraustauschmaßnahmen ab dem Schuljahr 2013/14. Des Weiteren finden Gespräche über die Anbahnung einer Städtepartnerschaft zwischen einer bayerischen und südafrikanischen Kommune statt. Durch den Besuch einer Delegation von Abgeordneten des Parlaments von Westkap in München im April 2013 wurden die Beziehungen zum Bayerischen Landtag gefestigt.

Der zivilgesellschaftliche Dialog spielt auch in der neuen bayerisch-tunesischen Transformationspartnerschaft eine besondere Rolle. Gemeinsam mit einer Kooperationsvereinbarung vom Dezember 2012 haben Bayern und Tunesien in einem konkreten Aktionsplan 29 Projekte und spezifische Kooperationsgebiete für die Zusammenarbeit in den nächsten Jahren festgehalten. Nahezu alle bayerischen Ministerien sowie Wirtschaftsorganisationen, Kommunen und auch Nichtregierungsorganisationen waren im Vorfeld eingebunden und haben großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit Tunesien signalisiert. Die vereinbarten Projekte erstrecken sich u.a. von den Bereichen Wirtschaft, berufliche Bildung und Umwelt über Zivil- und Katastrophenschutz bis zu den Themen Justizwesen und Verfassungsrecht sowie Zivilgesellschaft und Rolle der Frauen in der Gesellschaft. Bayern bietet damit Tunesien, dem Ursprungsland des Arabischen Frühlings, für die Zukunft einen breiten Erfahrungsaustausch an. Es geht darum, den Erfolg des demokratischen Übergangs in Tunesien zu sichern (s. Anlage 3 am Ende des Beitrags).

Bayern pflegt seine Partnerschaften weiterhin intensiv. Dabei ist entscheidend, dass gute internationale Beziehungen die Ernte vieler kleiner Schritte und auch persönlicher Kontakte sind. Und darum ist es so wichtig, dass

nicht nur die Staatsregierung, sondern auch Landtag und kommunale Gebietskörperschaften sowie gesellschaftliche Organisationen die internationalen und regionalen Kontakte pflegen und weiter ausbauen. Zusammenarbeit bringt beide Seiten voran. Beide lernen voneinander. Das weitet den Blick, eröffnet neue Horizonte und zeigt neue Wege in die Zukunft.

Quellen:

Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer zur Eröffnung der Deutschen Woche 2011 in St. Petersburg, 13.4.2011

Rede des Leiters der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Siegfried Schneider, anlässlich der 13. Euro-Afrikanischen Konferenz in München, 3.2.2011

Bayerische Staatskanzlei (Hrsg.), Bayern in der Welt – Internationale Beziehungen des Freistaats Bayern, München 2010

Michael Schmöllner, Regionen weltweit vernetzt – die regionalen Außenbeziehungen Bayerns, Marburg 2009

Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein zum Festakt „60 Jahre Gesellschaft für Außenpolitik“, 9.7.2008

Paul Fischer, „20 Jahre Beziehungen zwischen Bayern und Shandong – eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft“, in 20 Jahre Partnerschaft Bayern-Shandong, Festschrift zum Jubiläumsjahr 2007, München 2007, S. 56-81

Friedrich H. Hettler, „Keine Konkurrenz, sondern Ergänzung – gute Außenbeziehungen der Länder kommen auch dem Bund zugute“ in Der Staatsbürger, Beilage der Bayerischen Staatszeitung, Januar 2002, Nr. 1

Paul Fischer, „Beziehungen zwischen Bayern und Frankreich“, in Bernd Rill (Hrsg.), Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen, München 2000, S. 21-30

Reinhard C. Meier-Walser, „Die Außenbeziehungen Bayerns“ in Politische Studien, Heft 365, 50. Jahrgang, Mai/Juni 1999, S. 5-15

Anlage 1:

Bericht aus der Kabinettsitzung vom 2.5.2012

Pressemitteilung der Bayerischen Staatskanzlei (Auszug)

Schwerpunkte der internationalen Politik Bayerns 2012 und 2013 / Europaministerin Müller: „Die international bekannte Marke „Bayern“ intensiv weiterentwickeln“ / Besondere Schwerpunkte Osteuropa und Europäischer Alpenraum

Die bayerische Staatsregierung hat in der heutigen Kabinettsitzung die Schwerpunkte der internationalen Politik Bayerns in den kommenden zwei Jahren festgelegt. Das Kabinett schreibt damit zugleich die im Mai 2011 beschlossene Internationalisierungsstrategie fort. Besondere Schwerpunkte bilden dabei die bilateralen Beziehungen Bayerns zu den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas sowie zu Russland und die Vorarbeiten für eine Europäische Strategie für den Alpenraum. Europaministerin Emilia Müller:

„Der Freistaat Bayern wird seine internationalen Beziehungen intensiv weiterentwickeln. Die Marke Bayern steht in Europa und der Welt für eine hoch innovative und wirtschaftlich erfolgreiche Region, die sich zugleich ihrer Traditionen und Werte bewusst ist. Die internationalen Kontakte und Partnerschaften des Freistaats sind wertvolle Plattformen für die Zusammenarbeit in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und auf vielen weiteren Gebieten. Bayern stellt sich mit großem Erfolg dem internationalen Standortwettbewerb. Bei einer Exportquote unserer bayerischen Wirtschaft von über 50 Prozent ist die internationale Vernetzung entscheidende Voraussetzung für den Wohlstand von morgen“.

Im Einzelnen hat die Staatsregierung folgende Schwerpunkte für die internationale Politik Bayerns festgelegt:

- Stärkung der gutnachbarschaftlichen Beziehungen zum Nachbarland Tschechien. Europaministerin Müller: „Die beiden Besuche des Bayerischen Ministerpräsidenten in Prag haben die Beziehungen zu unserem Nachbarland auf ein neues Niveau gehoben. Unsere Partnerschaft wird jetzt zur Selbstverständlichkeit. Das macht es leichter, auch über den Abbau historischer Belastungen und aktuelle schwie-

rige Fragen offen und konstruktiv zu sprechen. Dazu zählen etwa die tschechischen Pläne zum Ausbau des Kernkraftwerks Temelin oder die Herausforderungen für das tschechische Stromnetz aufgrund der deutschen Energiewende.“

- Umsetzung der im Sommer 2011 von Europäischen Rat beschlossenen Europäischen Donaoraumstrategie.
- Weitere Stärkung des internationalen Netzwerks der Partnerregionen (Georgia, Oberösterreich, Québec, São Paulo, Shandong und Westkap) als Plattform für vertiefte und privilegierte Zugänge zu deren Ländern und Märkten.
- Intensivierung der Beziehungen zu Nordafrika. Europaministerin Müller: „Nach dem Umbruch in Tunesien hat die neue tunesische Regierung eine diplomatische Offensive in Richtung Bayern gestartet. Ziel ist die Unterstützung beim politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozess des Landes. Bayern ist zur Unterstützung und Beratung in dieser Nachbarregion Europas bereit.“
- Beziehungen zu Asien. Europaministerin Müller: „Insbesondere die weltpolitische und weltwirtschaftliche Bedeutung von China und Indien nimmt immer weiter zu. Viele Zukunftschancen für Wirtschaft und Wissenschaft im Freistaat hängen von engen Beziehungen zu diesen beiden Länder ab. Die Staatsregierung setzt deshalb ganz bewusst einen Schwerpunkt ihrer internationalen Aktivitäten in den Beziehungen zu diesen beiden Staaten.“

Zwei herausgehobene Schwerpunkte der internationalen Politik Bayerns bilden die Beziehungen des Freistaats zu den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas sowie zu Russland und die Vorarbeiten für eine Europäische Alpenraumstrategie. Europaministerin Müller: „Bayern unterhält zu zahlreichen Staaten in Ost- und Südosteuropa sowie zu Russland besonders enge Beziehungen. Rund 20 Prozent des bayerischen Außenhandels entfallen auf diese Region. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs hat sich Bayern für viele dieser Staaten, nicht zuletzt durch gemeinsame Regierungskommissionen, zu einem bevorzugten Ansprechpartner entwickelt. Wir werden den Beziehungen Bayerns mit unseren Nachbarn im Osten und Südosten auch künftig besonderes Gewicht beimessen. Die Staatsregierung hat deshalb die bayerischen Beziehungen zu den östlichen Nachbarn heute

in einer Gesamtstrategie festgehalten. Damit wollen wir der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Raum wie auch der Bedeutung Russlands als riesigem Markt und wichtigem Energielieferanten gerecht werden. Wir berücksichtigen zudem das gewachsene politische Gewicht insbesondere Polens und Tschechiens und das strategische Interesse Bayerns an einer Heranführung der Staaten des westlichen Balkans an die Europäische Union.“

Großen Mehrwert für Bayern sieht die Staatsregierung in einer möglichen Europäischen Strategie für den Alpenraum. Europaministerin Müller: „Der Alpenraum als das starke Herzstück Europas ist für Bayern von herausragender Bedeutung. Die im vergangenen Jahr ergriffene bayerische Initiative für die Erarbeitung einer Europäischen Alpenstrategie ist auf sehr gutem Weg. Bei einer großen Konferenz im Juni 2012 im Schweizer Kanton St. Gallen werden zahlreiche europäische Regionen ein gemeinsames Initiativpapier beschließen, das maßgeblich von bayerischen Konzepten beeinflusst sein wird.“ Eine europäische Gesamtstrategie für den Alpenraum wird nach bayerischen Vorstellungen besondere Schwerpunkte auf die Förderung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, auf Energie- und Umweltthemen sowie auf eine Gesamtkonzept für Verkehr und Mobilität setzen. „Im Rahmen einer europäischen Makroregion Alpenraum kann der gut aufgestellte industrielle und innovative Kern Europas noch näher zusammenrücken. Mein Ziel ist es, dass Europa innerhalb der nächsten zwei Jahre eine umfassende Alpenstrategie beschließt“, so Europaministerin Müller.

- Makroregionale Strategien gewinnen auf europäischer Ebene zunehmend an Bedeutung. Sie gelten als Instrument, um in größeren geografischen Räumen gemeinsame strategische Ziele koordiniert umzusetzen. Nach den bereits beschlossenen Strategien für den Ostsee- und den Donaauraum wird derzeit in der Europäischen Union über weitere makroregionale Strategien, insbesondere für den Nordsee- und den Alpenraum, diskutiert. Der Alpenraum mit einer Fläche von etwa 200.000 Quadratkilometern in den acht Alpenstaaten ist Deutschland, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Monaco, Schweiz, Slowenien und Österreich bietet sich als prosperierender Lebensraum von etwa 14 Millionen Menschen in besonderer Weise für eine makroregionale Strategie an. Bayern hat im Mai 2011 eine bayerische Initiative für eine Europäische Alpenraumstrategie beschlossen

und im vergangenen Jahr zahlreiche europäische Alpenregionen für seine Vorstellungen gewinnen können.

Anlage 2

ZUSATZVEREINBARUNG

ZU DEM BESTEHENDEN KOOPERATIONSABKOMMEN

ZWISCHEN

DEM FREISTAAT BAYERN

UND

DER REGIERUNG DER PROVINZ WESTKAP

Nach fünfzehn Jahren erfolgreicher bilateraler Kooperation zwischen dem Freistaat Bayern in der Bundesrepublik Deutschland und der Provinz Westkap in der Republik Südafrika wird zum weiteren Ausbau der bestehenden bilateralen Zusammenarbeit vereinbart, dass die Parteien die Durchführung von Projekten im Rahmen der folgenden neuen oder erweiterten Kooperationsbereiche weiter betreiben werden:

ERNEUERBARE ENERGIE: Es werden gemeinsame Bemühungen um wirtschaftlichen Formen grüner Energie unternommen (Wind, Solarenergie, Geothermie / Technologie zur Energiegewinnung aus Abfällen und Gezeitenenergie), die für alle zugänglich gemacht werden sollen.

HIGH-TECH UND HOCHSCHULEN: Es werden gemeinsame Bemühungen unternommen, um die Forschungsaktivitäten zwischen Hochschulen beider Regionen auf den Gebieten innovativer Technologien – einschließlich Telekommunikation, Biotechnologie, Medizintechnologie, Nanotechnologie – zu intensivieren. Besuche hochrangiger Wirtschaftsführer unter Einbeziehung von Einrichtungen der Hochtechnologie werden gefördert, um Lösungen auf dem Stand der Technik zum Nutzen beider Seiten zu entwickeln.

WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bayern und Westkap soll durch gemeinsame Bemühungen weiter vertieft werden, insbesondere in den Bereichen Mittelstand (z.B. Erfahrungsaustausch über die Mittelstandsförderung), Kooperation zwischen Wirtschaftskammern, Entwicklung des Tourismus (gemeinsame Nutzung von Marketing und Informationen) sowie Informationsaustausch im Bereich erneuerbare Energie.

LANDWIRTSCHAFT: Es werden gemeinsame Bemühungen unternommen, um im Bereich Landwirtschaft zusammenzuarbeiten, insbesondere Landwirtschaftliche Ausbildung und Wissenstransfer, Landbewirtschaftung und Flächennutzung, Entwicklung des ländlichen Raums, Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie Schutz von Naturparks.

STADTPLANUNG UND -ENTWICKLUNG: Bayern und Westkap wollen innovative Stadtentwicklungsprogramme entwickeln und nutzen, um die wirtschaftlichen Möglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger unter Nutzung von Mehrzweckzentren zu steigern.

BERUFSAUSBILDUNG, ENTWICKLUNG VON FERTIGKEITEN UND SOZIALES: Beide Regionen werden sich gemeinsam für den Auf- bzw. Ausbau eines effizienten beruflichen Ausbildungssystems einsetzen und Austauschprogramme sowie Hochschulpartnerschaften und Austauschprogramme für Hochschulabsolventen auf Master-Ebene fördern.

SOZIALES: Die bestehenden Tätigkeiten in den Bereichen Soziales und Gesundheitswesen (wie etwa Prävention von HIV/AIDS und Versorgung) werden fortgesetzt und der Informationsaustausch über soziale Sicherungssysteme, insbesondere Krankenhäuser und Altenpflege, wird gefördert.

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG: Westkap und Bayern wollen sich gemeinsam für eine faire und weltweite nachhaltige Entwicklung, insbesondere in Bayern und Westkap, einsetzen. Sie unterstützen die Partnerschaften zwischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Kirchen, Schulen und kommunalen Behörden sowie deren Partnerschaftsaktivitäten insbesondere in den oben erwähnten Bereichen.

FILM UND MEDIEN: Es werden gemeinsame Bemühungen um Zusammenarbeit im Bereich Film und Medien unternommen, insbesondere durch Filmvorführungen im Westkap und in Bayern.

ÖFFENTLICHE VERWALTUNG: Der Austausch höherer öffentlicher Bediensteter in den Bereichen Verwaltung und Management soll gefördert werden.

ZUSAMMENARBEIT IN SICHERHEITSFragen: Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zivilschutzes wird gefördert.

Die Parteien vereinbaren die Einrichtung einer Gemeinsamen Arbeitsgruppe, die die Erreichung der obigen Zielsetzungen überwachend begleitet. Die Arbeitsgruppe wird regelmäßig in Westkap und in Bayern zusammentreffen.

Vorbehaltlich gegenseitiger Abstimmung kommt die jeweils besuchende Partei für alle internationalen Reisekosten und die Unterkunft auf, und die gastgebende Partei sorgt für den Transport der Beamten bzw. Experten vor Ort.

Unterzeichnet in Kapstadt, in zwei Originalausfertigungen in Englisch und Deutsch, am 28. September 2010

FREISTAAT BAYERN

PROVINZ WESTKAP

HERR HORST SEEHOFER
MINISTERPRÄSIDENT
FREISTAAT BAYERN
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

FRAU HELEN ZILLE
PREMIERMINISTERIN
REGIERUNG DER PROVINZ WESTKAP
REPUBLIK SÜDAFRIKA

Anlage 3:

Gemeinsame Absichtserklärung über die Zusammenarbeit

ZWISCHEN

der REPUBLIK TUNESIEN

UND

dem FREISTAAT BAYERN

Gemeinsame Absichtserklärung über die Zusammenarbeit
zwischen der Republik Tunesien und dem Freistaat Bayern

VORBEMERKUNG:

Angesichts des Transformationsprozesses der Republik Tunesien zur rechtsstaatlichen Demokratie beabsichtigen die Regierung der Republik Tunesien und die Staatsregierung des Freistaates Bayern die bestehenden Beziehungen zu intensivieren, die vielfältige Zusammenarbeit auszubauen und die freundschaftlichen Beziehungen weiter zu vertiefen. Der erfolgreiche Übergang Tunesiens zur Demokratie hängt von der Lösung zahlreicher sozialer und wirtschaftlicher Probleme ab, insbesondere der Arbeitslosigkeit und der regionalen Unterschiede. Diese Absichtserklärung zielt insbesondere darauf, den benachteiligten Regionen Tunesiens verstärkte Unterstützungsmaßnahmen durch Bayern zugute kommen zu lassen. Die Unterstützung der Bemühungen der tunesischen Regierung durch die Bayerische Staatsregierung bei der Umsetzung demokratischer und rechtsstaatlicher Reformen stellt einen wesentlichen Bestandteil der bayerisch-tunesischen Zusammenarbeit zum Wohle des tunesischen Volkes dar.

Dabei ordnet sich die bayerisch-tunesische Kooperation in den größeren Rahmen der deutsch-tunesischen Transformationspartnerschaft ein, deren Ausgestaltung anlässlich der deutsch-tunesischen Regierungskonsultationen auf Staatssekretärebene am 12. September 2012 in Berlin in einer Gemeinsamen Erklärung festgehalten ist. Die Bundesregierung und die tunesische Regierung unterstützen darin auch das Engagement des Freistaates Bayern.

Bei ihrem Zusammentreffen am 10. Dezember 2012 in München haben der Minister für Wirtschaftsfragen beim tunesischen Regierungschef Ridha Saïdi und die Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei Emilia Müller ihren Willen zur gemeinsamen

Zusammenarbeit bekräftigt. Diesem Besuch vorangegangen waren Gespräche der Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Emilia Müller und der Bayerischen Staatsministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Dr. Beate Merk in Tunis vom 5. bis 8. September 2012 mit dem Regierungschef der Republik Tunesien sowie den tunesischen Ministern für Investitionen und internationale Zusammenarbeit, für Justiz, für Regionale Entwicklung und Planung, für Tourismus und dem Außenminister. Tunesien und Bayern geben ihrem Wunsch Ausdruck, ihre Beziehungen zu vertiefen und diesem Austausch durch die vorliegende Gemeinsame Absichtserklärung und ihrem zugehörigen Aktionsplan Struktur zu verleihen.

1. BEIDE REGIERUNGEN TREFFEN DAHER FOLGENDE ABSPRACHE:

Tunesien und Bayern wollen auf der Grundlage von gegenseitigem Respekt und Freundschaft sowie in der Absicht, Partnerschaften im öffentlichen wie auch im privaten Sektor aufzubauen, insbesondere in folgenden Bereichen zusammenarbeiten:

- Wirtschaft: Regional- und Landesentwicklung, Ökotourismus, berufliche Bildung,
- Umwelt/Wasserwirtschaft/Gesundheit
- Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Bildung und Wissenschaft
- Zivil- und Katastrophenschutz
- Bauwesen
- Aufwertung und moderne Präsentation von archäologischen Stätten
- Nichtregierungsorganisationen/Zivilgesellschaft/Rolle der Frauen
- Justizwesen/Verfassungsrecht

In diesen Bereichen sollen in Abstimmung mit den Partnern der Transformationspartnerschaft auf Bundesebene gemeinschaftliche Projekte gemäß dem anliegenden Aktionsplan geschaffen werden. Der Partnerschaft zwischen den beiden Regierungen liegen dabei die Prinzipien beiderseitiger Vorteile, von Gleichheit zwischen den Partnern sowie von Gegenseitigkeit zugrunde.

2. WEITERE BESTIMMUNGEN:

Die Regierungen der Republik Tunesien und die Bayerische Staatsregierung beabsichtigen die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, die die Erreichung der obigen Zielsetzungen überwachend begleiten soll. Die Arbeitsgruppe soll regelmäßig in Tunesien und in Bayern unter der Federführung des tunesischen Ministeriums für Investitionen und internationale Zusammenarbeit und der Bayerischen Staatskanzlei zusammentreffen.

Sie wird sich aus Mitgliedern der zuständigen Ministerien, Abteilungen, Institutionen und Organisationen zusammensetzen.

Neben Staatskanzlei und Ministerien sollen auf bayerischer Seite auch der Bayerische Landtag, der Bayerische Städtetag, die Hanns-Seidel-Stiftung sowie das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. in die Zusammenarbeit einbezogen werden.

Vorbehaltlich gegenseitiger Abstimmung ist vorgesehen, dass die jeweils besuchende Seite für alle internationalen Reisekosten aufkommt. Die Kosten für die Unterkunft und für den Transport der Beamten bzw. Experten vor Ort übernimmt die gastgebende Seite. Die bayerische und die tunesische Seite werden sich dafür einsetzen, die finanziellen und technischen Ressourcen für die Umsetzung der im Aktionsplan beschriebenen Aktivitäten und Projekte im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten bereitzustellen.

Unterzeichnet in München am 10. Dezember 2012 in zwei Exemplaren, jeweils in arabischer, französischer und deutscher Sprache.

Für die BAYERISCHE
STAATSREGIERUNG

Emilia Müller
Staatsministerin
für Bundes- und Europa-
angelegenheiten in der
Bayerischen Staatskanzlei

Für die REGIERUNG DER
REPUBLIK TUNESIEN

Ridha Saïdi
Minister für Wirtschaftsfragen
beim tunesischen Regierungschef